

Zeitschrift: Schweizer Spiegel

Herausgeber: Guggenbühl und Huber

Band: 44 (1968-1969)

Heft: 7

Artikel: Es geht um etwas ganz anderes : offener Brief an den Bundesrat

Autor: Roth, Daniel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079062>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Offener Brief an den Bundesrat

Von Daniel Roth

Nicht daß ich es als etwas Alltägliches empfinde, «offene Briefe» an Bundesräte – und gar an das ganze Kollegium – zu schreiben. Der einzige Präzedenzfall ist, daß ich sofort nach der Pilet-Golaz-Rede im Juni 1940 als frischgebackener Artillerie-Fahrer mich zwei Abende, nachdem wir am Tag am Bözberg gegraben hatten, hinsetzte und dem damaligen Bundesrat in der «Neuen Aargauer Zeitung» erklärte, weshalb er völlig irre: Jetzt gehe es nicht um Demobilmachung, sondern um die «Festung Schweiz», und darin fehle ein Stein, die sozialdemokratische Beteiligung am Bundesrat. Indes kann, wer einmal recht bekommen hat, ein andermal irren. Und die Rede, die mich jetzt zur Feder greifen läßt, läßt sich wohl mit jener kaum vergleichen. Ja, was im akuten Notfall gefährlich ist, eine schiefe bundesrätliche Interpretation, kann angesichts einer schleichenden Gefahr nur gut sein, weil es die Geister weckt.

So möchte ich denn Ihnen, sehr verehrter Herr Bundesrat Celio, zuerst danken: dafür, daß Sie in einem Vortrag am 9. November 1968 in Lausanne einen Zeitzünder abgeschossen haben, der nun doch noch explodierte. Dank dafür gebührt auch Nationalrat James Schwarzenbach, dessen Volksinitiative freilich ein ganz unrealistisches Ziel ansteuert, der aber durch seine Kleine Anfrage auf Ihre Worte aufmerksam gemacht hat. Sie, Herr Bundesrat, haben gesagt: «Die Bevölkerung der Schweiz wird am Ende des Jahrhunderts 9 bis 10 Millionen zählen. Sie wird starke Veränderungen aufweisen, nicht so sehr durch ihr Wachstum als durch die Eingliederung der Ausländer. Bereits läßt sich voraussehen, daß ein großer Teil derer, die um Einbürgerung ersuchen werden, lateinisch und katholisch sein werden.»

Das hieße nach der Entwicklung seit 1966 – und Zahlen dürften Ihnen als Finanzmann geläufig sein: 3,3 bis 4,4 Millionen dieser «Schweizer Bevölkerung» wären heutige Ausländer oder deren Kinder – 37 bis 44 Pro-

zent der Bevölkerung! Wenn Sie sagen, diese «demographische Explosion werde uns vor Fragen stellen, die bereits zahlreiche andere Länder kennen», so ist zu sagen, daß es außer Gebieten wie Monaco kein Land der Welt gibt, dessen Ausländerzahlen auch nur einen Achtel der erwähnten Relationen erreichen! Belgien mit 2 Prozent Fremdarbeitern beginnt Beschränkungen zu treffen. Vergleichbar wären am ehesten jene Agglomerationen wie Groß-New York, wo die Volksgruppen beziehungslos nebeneinander leben, immerhin geeint durch die Faszination des «american way of life». Die Stadt am Hudson hat ein Hinterland von 200 Millionen Menschen, unendlicher Weite und grundsätzlich gesicherter Freiheit. Ich habe 14 Jahre bei unseren Nachbarn gelebt: sie finden selten einen Weg zwischen Chaos und autoritärem Regiment und bringen diese Einstellung aus der Kinderstube mit.

Es geht, Herr Bundesrat, nicht in erster Linie um die Konfession. Viele Katholiken sind um diesen teils kommunistischen oder halb heidnischen Zuwachs keineswegs nur erfreut und verstehen es auch, daß die Protestanten nicht gern auf solche Art in Minderheit geraten. Weniger noch geht es darum, ob die künftigen Neubürger «lateinischer» Kultur (oder Rasse?) sind. Verhindern müssen wir, daß sich große Volksgruppen bilden, die zur Hauptsache eine andere Sprache als die des Wohnorts reden, denn das berührt unseren Sprachenfrieden. Doch dies gilt nicht allein für die «latins».

Worum es geht, das ist die Einstellung zum Staat, zur Gemeinde, zu den Mitmenschen, auch zu Wohnung, Hausrat, Garten. Darin unterscheidet sich der Schweizer, ob Lateiner oder Deutschschweizer, ob Katholik, Protestant oder Jude, grundsätzlich von allen seinen Nachbarn. Wie sehr spürt man das, wenn man die Grenze in Basel, Kreuzlingen oder St. Margrethen überschreitet! Mir ist es nirgends so deutlich geworden wie in Campocologno: der Unterschied ist da, wie mir scheint, in mancher Hinsicht grö-

ßer als zwischen Frankreich und den USA! Und nirgends im ganzen Schweizerland wird das Anderssein gegenüber den Italienern im Volke begreiflicher Weise so sehr gespürt und empfunden wie in Ihrer engsten Heimat, Herr Bundesrat, im unvergleichlichen Tessin. Aufs schönste bestätigt das in seinem Buch «Fünf Millionen Gerechte» der Italiener Gian Paolo Tozzoli und warnt uns zugleich davor, unser Italienerproblem noch mehr anwachsen zu lassen. Ja, er spricht von einer Mafia, die sich durch Geschenke an Vorgesetzte von Italien aus bei uns einzunisten beginne.

In Ihrer Rede betonen Sie mit Recht die Wichtigkeit des sozialen Friedens, wenn wir nicht zentralistischen und autoritären Tendenzen verfallen sollen. Wie aber wollen Sie diesen Frieden aufrechterhalten, wenn einmal siebenzig Prozent der Arbeiter und zwei Fünftel des Volkes von zuhause her gar nicht wissen, was das ist?

Nun berührt aber diese Rede, verehrte Herren Bundesräte, Sie alle, nachdem Sie etwas gewunden erklärt haben, mit seinen «persönlichen Äußerungen» habe sich «Bundesrat Celio keineswegs in Gegensatz zum Bundesrat gestellt, noch eine Änderung der bundesrätlichen Politik zur Abwehr der Überfremdungsgefahr angekündigt». Glauben Sie im Ernst, daß wir innert dreißig Jahren zwei bis drei Millionen Fremde assimilieren und einbürgern können – was nach der Prognose Celio nötig wäre, um die Ausländerzahl nicht wesentlich ansteigen zu lassen? Halten Sie uns Schweizer für solche Übermenschen, daß wir die vielfache Assimilationskraft jedes anderen Volkes haben?

Ich kann das nicht glauben und verliere nicht die Hoffnung, daß Sie sich alle ernsthaft fragen, ob die Erfüllung jener Prognose wünschbar wäre. Wenn sie es aber nicht ist, dann ist es Ihre Aufgabe als Regierung, Maßnahmen vorzuschlagen und durchzusetzen, um eine solche Fehlentwicklung zu verhindern – auf daß wir Schweizer bleiben können!

Mit freundlicher Hochachtung, D. R.